



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

*: Die Bedeutung des chinesischen Feldzugs für Deutschland

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Bedeutung des chinesischen Feldzugs für Deutschland

The Germans to the front!



elche Erfolge der Krieg in China für die Mächte, denen er von diesen Halbbarbaren aufgezwungen worden ist, haben wird, kann noch niemand sagen, aber die Bedeutung, die er für das Deutsche Reich und Volk gewonnen hat, läßt sich schon heute einigermaßen übersehen. Zunächst hat das Reich die Probe auf seine Leistungsfähigkeit in der Weltpolitik glänzend bestanden. Das militärische Aufgebot wurde ebenso schnell wie ruhig gebildet und, was noch vor zwanzig Jahren ganz unmöglich gewesen wäre, auf deutschen Schiffen in wenig Wochen an Ort und Stelle gebracht; ein Geschwader schwerer Linienschiffe, wie sie nur selten den Ozean gekreuzt haben, erschien ohne jeden Unfall an der chinesischen Küste, sodaß wir jetzt dort stärker sind als jede andre Seemacht, England etwa ausgenommen, und bei den schweren Kämpfen um Taku und Tientsin bewährten unsere Schiffe und Truppen die alte deutsche Tapferkeit und Kriegszucht vor den Augen der ganzen Welt, sodaß der ehrenvolle Befehl des britischen Admirals Seymour: *The Germans to the front!* bald typische Bedeutung gewann. Auch die diplomatische Leitung dieser verwickelten Dinge war ebenso klug und maßvoll als energisch; Graf Bülow's Runddepesche vom 17. September stellte die chinesische Regierung kurz und bündig vor die Alternative, entweder die Anstifter der völkerrechtswidrigen Verbrechen zur Bestrafung auszuliefern, also sich von ihnen loszusagen, oder die Verantwortung auf die eignen Schultern zu nehmen und selbst zu büßen. Kurz, die jüngste Weltgroßmacht zeigte sich ihrer ganz neuen Aufgabe in überraschender Weise gewachsen, mehr als die ältern, die aus den Erwägungen einer kleinlichen Eifersucht gar nicht herauskommen und ein großes klares Ziel gar nicht recht ins Auge fassen zu können scheinen. In der Anerkennung des deutschen Oberbefehls auf dem nördlichen Kriegsschauplatz lag die Anerkennung ebensowohl unsrer politischen Uneigennützigkeit als unsrer militärischen Leistungsfähigkeit; aber der diplomatischen

Führung Deutschlands zu folgen, dazu können sie sich immer noch nicht recht entschließen. Jedenfalls würde es wenigstens nicht die Schuld Deutschlands sein, wenn der Widerstreit der Sonderinteressen eine reinliche und dauerhafte Lösung der chinesischen Frage verhinderte.

Unsre Mörzlerpresse versichert pathetisch unter den üblichen vorwurfsvollen Anspielungen, die Masse des deutschen Volks stehe den Kämpfen in China ganz gleichgiltig gegenüber. Ja, wenn ihr die Masse des deutschen Volks, einschließlich der von der Sozialdemokratie vergifteten Fabrikarbeiterschaft fragen wollt, welche Politik denn getrieben werden solle, so würde derselbe erleuchtete und selbstverständlich unfehlbare Volksverstand, der jüngst in der freien Schweiz die Arbeiterversicherungsgefetze zu Falle gebracht hat, weil dieses politisch so gereifte Volk zu kurzfristig und selbstfüchtig war, Opfer für die Zukunft auf sich zu nehmen, euch vielleicht raten, unsre Kriegsflotte einem zweiten Hannibal Fischer zur Versteigerung an den Mindestbietenden zu überantworten, das stehende Heer durch eine zwar zuchtlose und unbrauchbare aber „volkstümliche“ Miliz zu ersetzen, unsre Kolonien um ein Billiges loszuschlagen und die so gewonnenen oder ersparten Summen zu einer glänzenden Feier des 1. Mai zu verwenden, zu der dann natürlich auch Abordnungen der bieder, friedfertigen, so schwer verkannten Chinesen eingeladen werden müßten, um das erhebende Schauspiel internationaler Verbrüderung zu vervollständigen. Wie kann ein vernünftiger Mensch verlangen, daß eine so neue und kühne Politik von der Masse des Volks sofort auch nur begriffen werde! So einfach, wie die Dinge scheinbar beim Ausbruche des Krieges von 1870 für die Volksempfindung lagen, können sie nur höchst selten liegen, und in der überseeischen Politik für unser so lange daheim in binnenländischer Beschränktheit kläglich verhoctes Volk gleich gar nicht. Es ist die Aufgabe einer patriotischen Presse, das Verständnis dafür unter ihren Lesern zu verbreiten, statt über den Mangel darüber zu jammern, und wie der Gothaische Professor Galetti die Königin Elisabeth nach der Hinrichtung Maria Stuarts so rührend geschildert hat, „in der einen Hand das Schnupftuch, in der andern die Thräne,“ vor das Volk hinzutreten und die Verantwortung für die angebliche Teilnahmlosigkeit andern aufzubürden.

Zum Glück besteht diese Teilnahmlosigkeit auch nur in der Phantasie gewisser Journalisten, die in gewohnter Bescheidenheit die Empfindungen ihrer eignen werten Persönlichkeit für die des Volks ausgeben; in den Volkskreisen, auf die es hier ankam, in unsrer waffenfähigen Jugend, bestand sie nicht und besteht sie nicht, die folgte begeistert dem Rufe des Kaisers „zu den Waffen“! Sie wird auch vor allem dazu wirken, ein gewisses Interesse und Verständnis für die Weltpolitik in die weitesten Kreise zu tragen, soweit diese nicht künstlich verhext werden, und dadurch helfen, sie aus dem innern Zank und Stank emporzuheben, in den sich deutsche Menschen zu allen Zeiten so gern vertieft haben. Denn welche ungeheure Erweiterung des Gesichtskreises thut sich vor ihnen auf! Diese zehntausende junger Männer, die größtenteils niemals das

Meer und ein Seeschiff gesehen haben, machen jetzt eine lange Seereise um Europa, durch das Mittelmeer und um Südasien herum; verblaßte Namen, die vielleicht aus der Schulzeit in ihrer Erinnerung auftauchen, gewinnen plötzlich Leben und Farbe; Gibraltar, der Suezkanal, Aden, Colombo, Singapur, Hongkong, Tsingtau, Taku, Tientsin, Peking, die ihnen bisher in nebelhafter Ferne gelegen haben, und die bunten fremdartigen Bilder asiatischer Kultur und Bevölkerung ziehn vor ihren Augen vorüber, und sie wirken zusammen mit den Truppen aller Kulturvölker. Mag auch der einzelne Soldat, wie es nicht anders sein kann, immer nur Einzelheiten in sich aufnehmen, er sieht doch unendlich mehr, als er je zu Hause gesehen haben würde, er berichtet darüber schon aus der Ferne brieflich und nach der Heimkehr im mündlichen Verkehr seinen Angehörigen und Freunden in Deutschland bis in einsame Gebirgsthäler und kleine Dörfer hinein und zieht alle diese vielen Zehntausende in den Kreis seiner Erfahrungen und Interessen. Seit den Kreuzzügen hat bei uns für große Volksteile keine so unmittelbare, so mächtige Erweiterung des Gesichtskreises stattgefunden, wie heute durch den chinesischen Feldzug. Und diese Erfahrungen der Landsleute, der Söhne, Brüder, Vettern und Freunde werden unendlich mehr wirken als Hunderte von Flugschriften und Zeitartikeln.

Aber noch eins werden unsre jungen Leute da draußen lernen, nämlich sich als Deutsche zu fühlen ohne Vorbehalt, ohne die kindischen Vorurteile, die eine unglückliche Geschichte in unsern gleich wackern wie tüchtigen Stämmen großgezogen hat, und die Eigensinn und Bosheit fortwährend lebendig zu erhalten, ja zu nähren sich frevelhaft bemühen. Was sonst nur auf kurze Wochen im friedlichen Manöver zu geschehn pflegt, vollzieht sich dort draußen im blutigen Ernste. Armee und Marine, die beiden Teile unsrer nationalen Wehrkraft, wirken kameradschaftlich zusammen, sie lernen sich achten und verstehen. Und unsre ostasiatischen Brigaden bestehn nicht aus Kontingenten, wie das Reichsheer, sondern sie sind ein einheitliches Korps unter dem schwarzweißroten Banner und dem kaiserlichen Adler, zu dem die bayrischen, sächsischen und württembergischen Armeekorps zwar Kompagnien, aber keine selbständigen Truppenteile gestellt haben. Vollends den fremden Truppen, neben denen sie zu marschieren und zu fechten haben, gelten sie natürlich als Deutsche schlechweg, und sie selbst werden gerade im Verhältnis zu den andern Nationen vor allem als Deutsche, nicht als Bayern oder Sachsen oder Preußen auftreten, was ihrer Anhänglichkeit an die besondere Heimat keinen Eintrag thun wird.

Mit dieser Stärkung des Einheitsbewußtseins, das sich in der Fremde und unter Fremden leichter entwickelt als daheim, geht sichtlich Hand in Hand ein stärkeres Hervortreten des Kaisers, nicht verfassungsrechtlich, aber thatsächlich. Alle die weinerlichen und kleinlichen Ausstellungen und Klagen über das und jenes können die Thatsache nicht verhüllen, daß der Kaiser von Anfang an die deutsche Politik gegenüber China ganz persönlich geleitet, und daß er sie so geleitet hat, wie es des Reichs würdig ist. Das ergab sich ganz

von selbst. Wie in Zeiten der Kriegsgefahr immer die Majestät des Staatsgedankens und der Staatsgewalt sichtbarer und wirksamer hervortritt als im Frieden, so wirkt eben die kaiserliche Majestät unmittelbarer in der großen auswärtigen als in der sich in zahllose Sonderfragen auflösenden innern Politik. Denn hier ist wie im Kriege die Einheit der Leitung und des Entschlusses unentbehrlich, und dafür kann nur einer die volle Verantwortung tragen, weil der Mensch sich nur für das verantwortlich fühlt, was er selbst will und beschließt, bei einer Körperschaft dagegen die Verantwortlichkeit des einzelnen hinter irgend welcher Mehrheit verschwindet und darum auch von ihm selbst nicht so energisch empfunden wird. Das schließt natürlich die Mitwirkung der übrigen Kräfte der Reichsgewalt keineswegs aus, aber mehr als beratend, modifizierend oder zustimmend werden sie in der auswärtigen Politik niemals wirken können, am wenigsten in diesen fernen und schwierigen Verhältnissen; im Vordergrunde stehen also thatsächlich und staatsrechtlich für das Reich und für die Welt der Kaiser und das Auswärtige Amt.

Daß dabei auch manches Subjektive mit unterläuft, ist ganz natürlich, und darum ist der Eindruck verschieden. Etwas, wie die Antwort (vom 30. September) auf die fast naive Depesche des Kaisers von China, der mit einigen Totenopfern den Frevel gegen unsern Gesandten zu sühnen glaubt, konnte nur Kaiser Wilhelm II. schreiben, in der That eine Kundgebung, die Hörner und Zähne hat und in ihrem, man möchte sagen halborientalisch feierlichen Tone gerade auf Orientalen vorzüglich berechnet ist. Wieder einmal hat der Kaiser damit der gebildeten Welt das Wort von den Lippen genommen. Andererseits wäre es ja wohl korrekter, wenn er oder Graf Bülow von dem Reichsgesandten, der Reichsregierung oder vielleicht gar von den „verbündeten Regierungen“ spräche, in deren Namen das alles ja geschieht, statt daß Graf Bülow sich als Vertreter der „kaiserlichen Regierung“ einführt und der Kaiser den Ausdruck „mein Gesandter“ anwendet, wie er von „meinem Feldmarschall“ und „meiner Flotte“ redet, aber der Wirklichkeit entspricht doch diese kurze Ausdrucksweise, denn die Gesandten sind auch dem Titel nach kaiserlich, wie die Flotte nur einen Kriegsherrn hat, den Kaiser. Man sollte deshalb in mittelstaatlichen Kreisen darüber nicht empfindlich sein, wie man es hier und da zu sein scheint; den Rechten der Reichsfürsten geschieht dadurch kein Eintrag, sie können sich vielmehr zu der kraftvollen Vertretung der deutschen Interessen, die ja auch die ihrigen sind, nur Glück wünschen. Darüber freilich kann kein Zweifel bestehn, daß die einzelnen Bundesstaaten in der auswärtigen Politik, und namentlich in der neuen Weltpolitik, hinter dem obersten Vertreter der Reichsgewalt für die allgemeine Empfindung und in den Augen der Welt zurückweichen, aber das liegt in der Natur der Dinge, und das wird auch weiter so fortgehen, denn in der nächsten Zeit wird die auswärtige Politik die innere an Wichtigkeit unzweifelhaft weit überragen. Dagegen hilft kein Sträuben. Der Partikularismus freilich empfindet diese Wendung peinlich und giebt seinem Verdruß in Hohnreden und Sticheleien Ausdruck;

ja die Neue bayrische Landeszeitung, das Organ des bayrischen Zentrums, klagte letztlin sogar, daß das Reich dem Einheitsstaate zutriebe, und das heilige römische Reich deutscher Nation nicht nur mächtiger gewesen sei als das heutige Deutsche Reich, sondern auch die Rechte der Fürsten mehr geachtet habe, als es heute geschehe, das alte Reich, dessen Kaiser 1180 den Welfen Heinrich den Löwen und noch 1705 den Wittelsbacher Max Emanuel als Reichsverräter und Rebellen ächtete, und das jahrhundertlang ein Hohn auf seinen Namen und ein Gespött der Welt gewesen ist! Den Einheitsstaat will heute niemand, am wenigsten der Kaiser, und die Rechte der deutschen Fürsten sind niemals besser gesichert gewesen als in der heutigen Reichsverfassung. Aber die deutsche Einheit in ihrer gegenwärtigen Gestalt, deren Begründung allein die Nation in zwölfter Stunde vor dem Untergange gerettet hat, muß jeder wollen, vor allem der Partikularist, denn ohne sie wären gerade die kleinern deutschen Staaten heute nichts als Ausgleichsobjekte im Kampfe der Großmächte, wie sie es jahrhundertlang gewesen sind, und ohne sie wäre die Nation als ein selbständiges Glied der Völkergemeinschaft im Kampfe der Weltmächte heute verloren. Man stelle sich vor, wir lebten heute noch unter des durchlauchtigsten Deutschen Bundes schützenden Privilegien, ohne Einheit unsrer auswärtigen Politik und Vertretung, ohne ein Reichsheer und ohne Flotte; die Folgen in der gegenwärtigen Weltlage wären nicht auszudenken! So kann es auch heute nur heißen: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist.“ Der nationalsoziale Vertretertag, der sich in den ersten Oktobertagen in Leipzig versammelte, hat sich das Verdienst erworben, diese Mahnung offen und mannhaft auszusprechen und die Kleinlichkeitskrämer unsrer Rörglerpresse von sich abzuschütteln.

Es ist traurig, daß sie so manchen Volkskreisen den Blick trübt und die Stimmung verdirbt, aber der große Gang der Dinge wird dadurch nicht aufgehoben, und die Stärkung des Reichsgedankens auf der einen, die Erziehung unsers Volks für die Weltpolitik auf der andern Seite wird doch das Ergebnis des chinesischen Feldzugs sein.



Politik und Selbstverwaltung



ie Ausübung des staatlichen Aufsichtsrechts über die großstädtische Selbstverwaltung macht in Preußen wieder einmal von sich reden. Es fällt auf, daß die Staatsregierung bei der Bestätigung der Beamtenwahlen etwas mehr als bisher das politische Verhalten der Gewählten berücksichtigt, sich überhaupt wieder etwas mehr um die Politik in der großstädtischen Selbstverwaltung kümmert. Man stellt